Daniela Kunizheva,
Masterstudiengang für Internationale Beziehungen,
MGIMO-Universität,
E-mail: kunizheva.d.s@my.mgimo.ru

Ausbleibende Zahlungen an die Überlebenden der Leningrader Blockade

Aus der Geschichte ist bekannt, dass am 27. Januar 1944 sowjetische Truppen die Blockade Leningrads durch die deutsche Wehrmacht beendeten. Die barbarische Belagerung dieser Großstadt ging als eines der größten Verbrechen der Nationalsozialisten in die Geschichte ein: Während der fast 900 Tage andauernden Blockade fielen mehr als eine Million Menschen zum Opfer des hitlerischen Plans, die Stadt durch systematisches Aushungern ihrer Bewohner auszulöschen [1]. „Anstelle der Soldaten", so der russische Schriftsteller Daniil Granin 2014 in seiner Rede vor dem Bundestag, habe man „den Hunger einmarschieren" lassen[2].

In Anerkennung der historischen Verantwortung für die Blockade Leningrads hat die Bundesregierung im Jahr 2019, im Einvernehmen mit der Regierung der Russischen Föderation und der Stadtverwaltung Sankt Petersburgs, als freiwillige humanitäre Geste beschlossen, 12 Mio. Euro für die Modernisierung des Krankenhauses für Kriegsveteranen in St. Petersburg sowie die Einrichtung eines russisch-deutschen Begegnungszentrums zur Unterstützung des historischen Gedenkens in der Stadt, bereitzustellen[3]. Bundesaußenminister Heiko Maas und sein russischer Amtskollege Sergej Lawrow haben zum 75. Jahrestag der Befreiung Leningrads mit einer gemeinsamen Erklärung die Entscheidung der Bundesregierung begrüßt[4]. Die ersten Lieferungen medizinischer Ausrüstung im Rahmen der Vereinbarung erfolgten im Sommer 2020, trotz der Pandemie.

---

[1] https://www.giz.de/de/weltweit/77065.html
[2] https://www.bundestag.de/parlament/geschichte/gastredner/rede_granin-261326
[3] https://germania.diplo.de/ru-de/themen/politik/blockade-leningrad/2181828
[4] https://russische-botschaft.ru/de/2019/01/29/gemeinsame-erklarung-des-ausenministers-der-bundesrepublik-deutschland-heiko-maas-und-des-ausenministers-der-russischen-foderation-sergej-lawrow-zur-deutschen-humanitaren-geste-fur-die-noch-lebenden-o/

Die Russische Föderation unterstützt selbstverständlich diese Initiative und trägt zu ihrer Umsetzung bei. Allerdings sind viele in Russland, darunter auch die noch lebenden „Blockadniki“ der Meinung, dass es sich dabei um eine Zwischenlösung handelt (u. a., weil sie nicht von Menschen genutzt werden kann, die außerhalb von St. Petersburg leben - das sind 33 000 Menschen von 123 000 in Russland registrierten Überlebenden der Blockade) [5] . Die russische Außenamtssprecherin Maria Sacharowa wies mehrmals darauf hin, dass diese humanitäre Geste die Frage der Bereitstellung von individuellen Zahlungen durch Deutschland an alle Überlebenden der Blockade von der Tagesordnung nicht genommen hatte[6].

Seit vielen Jahren leistet die Bundesregierung Zahlungen an jüdische Überlebende der Blockade, die über die Organisation Conference on Jewish Material Claims Against Germany erfolgen. Gleichzeitig haben Menschen anderer Nationalitäten, die neben den Juden die Schrecken der Blockade erlebt haben, keine Entschädigung erhalten. Daher lässt sich die deutsche Position als ungerecht und diskriminierend beurteilen. Russland hat Deutschland mehrmals angeboten, spezielle Beratungen durchzuführen, um eine Lösung zu finden, die auf den Prinzipien von Gerechtigkeit, Moral und Ethik basieren würde. Allerdings zeigte die Bundesregierung kein Interesse daran und wies die russischen Vorschläge immer wieder zurück.

2017 hat die Fraktion der Linken eine kleine Anfrage an die Bundesregierung gerichtet, in welcher sie sich erkundigte, ob die Bundesregierung die Blockade Leningrads als Kriegsverbrechen und Ausdruck der NS-Hungerpolitik betrachte und wie das selektive Vorgehen Deutschlands in Bezug auf die Auszahlungen zu erklären sei[7]. In ihrer Antwort hat die Bundesregierung darauf hingewiesen, dass die Schädigungen der jüdischen Überlebenden der Blockade aus rassistisch motivierter

---

[5] https://mdz-moskau.eu/es-war-die-hoelle-die-leningrader-blockade-und-ein-streit-um-zahlungen/

[6] https://www.stimme.de/deutschland-welt/politik/dw/Russland-erinnert-an-Ende-der-Leningrader-Blockade;art295,4146376

[7] https://www.bundestag.de/presse/hib/2017_03/499322-499322

Verfolgung herrührten und daher durch individuellen Schadenersatz geregelt würden. Andere Überlebende fallen hingegen nicht unter diese Kategorie, weshalb die Entschädigungen für sie durch Reparationsvereinbarungen von Staat zu Staat geordnet würden[8]. Außerdem befürchtet die Bundesregierung einen „unerwünschten Präzedenzfall", nach dem Deutschland von einer Welle an Entschädigungsforderungen seitens anderer Länder überschwemmt würde, die von Hitlers Aggression betroffen waren und Schäden erlitten hatten.

Angesichts der historischen Anerkennung der beispiellosen Grausamkeit der Blockade und der Tatsache, dass sie nicht nur die jüdische Bevölkerung betroffen hat, ist die russische Seite fester Überzeugung, dass alle Überlebenden der Blockade als eine besondere Kategorie von Überlebenden des Nationalsozialismus ohne jegliche Diskriminierung aufgrund der Nationalität eingestuft werden sollten.

Es darf nicht unberücksichtigt bleiben, dass die Bundesregierung früher jahrelang die Möglichkeit von Anerkennungsleistungen an ehemalige sowjetische Kriegsgefangene blockierte, ebenfalls mit dem Hinweis auf Risiken eines Präzedenzfalles. Solche Zahlungen wurden jedoch letztendlich geleistet und führten zu keinen Forderungen von Drittländern[9]. Auch der Hinweis auf die erfüllten Reparationsverpflichtungen gegenüber der UdSSR kann nicht als Begründung für die Verweigerung individueller Zahlungen an nicht-jüdische Überlebende der Blockade akzeptiert werden. Die Reparationen waren das Ergebnis einer zwischenstaatlichen Vereinbarung, die in keiner Weise das Recht auf individuelle Entschädigungen russischer Bürgerinnen und Bürger beeinträchtigt, die unter den Kriegsverbrechen gelitten haben. Das sollte allen, denen die Menschenrechte am Herzen liegen, vollkommen klar sein.

Es gibt natürlich keine zwei Meinungen, dass es für die Grausamkeiten des Hitler-Regimes keine Vergebung geben wird. Allerdings ist es lobenswert, dass die

---

[8] https://kleineanfragen.de/bundestag/18/11708-umgang-mit-den-opfern-der-blockade-von-leningrad.txt

[9] https://www.badv.bund.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/2015/20150722_sowjetische_kriegsgefangene.html

Bundesregierung mit solchen Initiativen wie die humanitäre Geste zur Verbesserung der Lebensqualität der noch lebenden Betroffenen der Blockade beitragen will. Um die Prinzipien der Gerechtigkeit und Gleichberechtigung zu bewahren, wäre es dabei für Deutschland dringend empfehlenswert, einen Beschluss zu den humanitären Zahlungen an alle Überlebenden der Leningrad-Blockade unabhängig von ihrer Nationalität zu fassen. Angesichts der beispiellosen Nachkriegsaussöhnung zwischen Russen und Deutschen hätte ein solcher Schritt einen großen symbolischen Wert und würde von allen Überlebenden der Blockade Leningrads begrüßt.